

Dr. Frank Gesemann/ Kristin Schwarze/ Alexander Seidel

Städte leben Vielfalt. Ergebnisse von Fallstudien zum sozialen Zusammenhalt in Städten

Globalisierung, Fluchtbewegungen, soziale Ungleichheit und Diversität fordern Städte, Landkreise und Gemeinden heraus. Die Kommunen müssen diesen Entwicklungen begegnen, um ein gelingendes Miteinander zu gestalten. Vor diesem Hintergrund haben das DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration und das IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik – mit Unterstützung des ARGO-Teams – von September 2016 bis August 2018 ein Forschungsprojekt mit Fallstudien zum sozialen Zusammenhalt in ost- und westdeutschen Groß- und Mittelstädten durchgeführt. Die Ergebnisse des von der Bertelsmann Stiftung beauftragten und finanzierten Projekts basieren auf einer standardisierten (Telefon-)Befragung von 3.000 Personen, vertiefenden Interviews und Gruppendiskussionen mit etwa 130 Personen, Großgruppenveranstaltungen mit über 300 Schlüsselakteuren des lokalen Zusammenhalts und einer Analyse der Berichterstattung von lokalen Medien in vier Städten.

Unsere kontrastierend angelegten Fallstudien zum sozialen Zusammenhalt in Dortmund, Rostock, Dessau-Roßlau und Lippstadt geben Hinweise auf Trends und Zusammenhänge, die sich erst durch das intensive Eintauchen in die urbanen Untersuchungsräume zeigen. Sie bieten beispielhafte Einblicke, wie es gegenwärtig um den Zusammenhalt in deutschen Städten steht und wie mit Vielfalt, Zuwanderung und Integration umgegangen wird. Deutlich wird, dass sozialer Zusammenhalt eine multidimensionale Ressource von (Stadt-)Gesellschaften ist, die durch eine diversitätssensible und kinderfreundliche Kommunalpolitik gestaltet werden kann, die Bildung, Gesundheit und Lebenszufriedenheit fördert, das Vertrauen in die lokale Demokratie durch Engagementförderung und Bürgerbeteiligung stärkt, räumlichen Disparitäten und Segregation entgegenwirkt sowie Begegnung und Dialog zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen ermöglicht (vgl. Gesemann/Schwarze/Seidel 2019).

Konzeptionelle Grundlage: Sozialer Zusammenhalt und seine Dimensionen

Konzeptionelle Grundlage ist das im Auftrag der Bertelsmann Stiftung von einer Bremer Forschungsgruppe unter Leitung von Prof. Dr. Klaus Boehnke entwickelte und in verschiedenen Studien erprobte mehrdimensionale Konzept des gesellschaftlichen bzw. sozialen Zusammenhalts. Sozialer Zusammenhalt wird hierbei definiert als die Qualität des Miteinanders in einem abgegrenzten Gemeinwesen. Zentrale Kennzeichen eines hohen Zusammenhalts sind belastbare soziale Beziehungen, eine emotionale Verbundenheit der Mitglieder mit ihrem

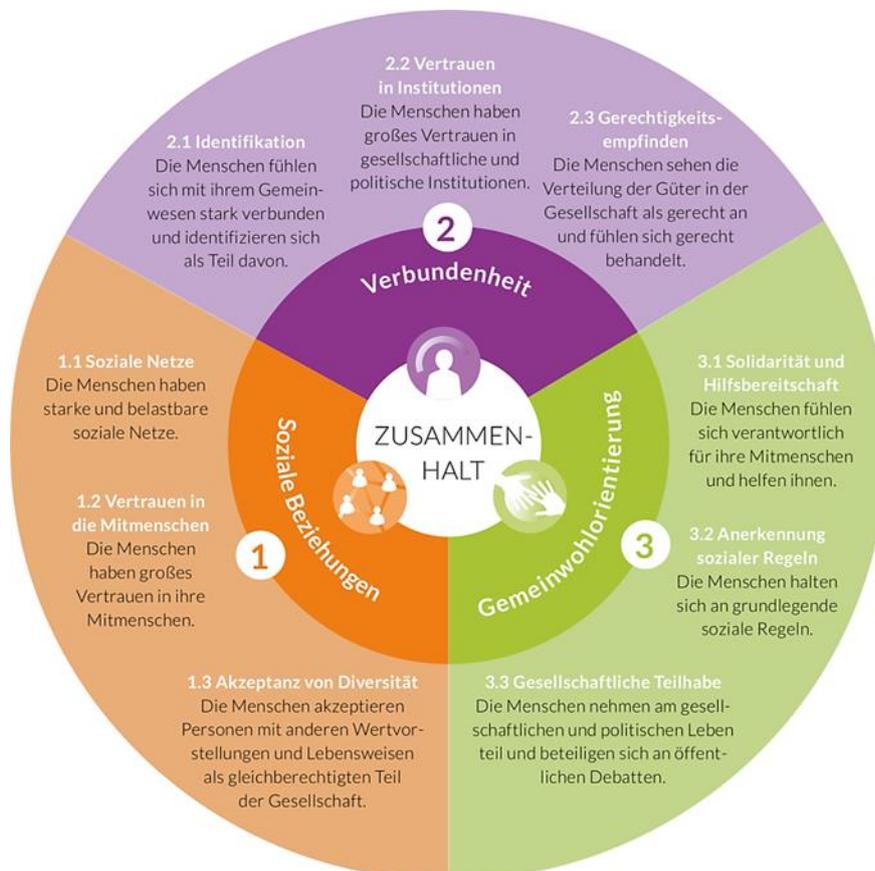
Gemeinwesen und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung. Diese drei Kernbereiche von Zusammenhalt sind, wie die nachfolgende Abbildung veranschaulicht, wiederum in je drei Dimensionen untergliedert:

Der Kernbereich Soziale Beziehungen umfasst die Dimensionen Soziale Netze, Vertrauen in Mitmenschen und Akzeptanz von Diversität. Diese beschreiben die horizontalen Beziehungen zwischen Personen und Gruppen, die Größe und Qualität sozialer Netze, das Ausmaß des Vertrauens in die Mitmenschen sowie die Akzeptanz und Wertschätzung von anderen Lebensweisen und Wertvorstellungen.

Der Kernbereich Verbundenheit umfasst die Dimensionen Identifikation mit dem Gemeinwesen, Vertrauen in Institutionen und Gerechtigkeitsempfinden. Diese beschreiben das Ausmaß der Bindungen der Menschen an das Gemeinwesen, die Zufriedenheit mit der Funktionsfähigkeit und Qualität demokratischer Institutionen sowie das Gefühl, als Mitglied der Gesellschaft gerecht behandelt zu werden.

Der Kernbereich Gemeinwohlorientierung umfasst die Dimensionen Solidarität und Hilfsbereitschaft, Anerkennung sozialer Regeln sowie gesellschaftliche Teilhabe. Er beschreibt die Einstellungen und Verhaltensweisen von Mitgliedern eines Gemeinwesens zur Unterstützung Anderer und Schwächerer in der Gesellschaft, ihren Umgang mit den sozialen Regeln des Miteinanders und ihrem Engagement für das Gemeinwesen und ihrer Teilhabe an der Gesellschaft. Die insgesamt neun Elemente des sozialen Zusammenhalts lassen sich durch Leitsätze prägnant charakterisieren (siehe Abbildung).

Abbildung: Bereiche und Dimensionen des sozialen Zusammenhalts



Quelle: Gesemann et al. 2018: Fallstudien zum Zusammenhalt vor Ort. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung auf der Grundlage von Georgi Dragolov et al. 2014: Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann

Zentrale Ergebnisse der Fallstudien zum Zusammenhalt vor Ort

Zusammenhalt ist lokal. Sozialer Zusammenhalt wird in der eigenen Stadt, im Ortsteil und in der Nachbarschaft erfahren und gelebt. Das zeigen unsere Befragungsergebnisse in mehrfacher Hinsicht: Erstens zeigt sich eine große Diskrepanz zwischen der Einschätzung des Zusammenhalts in Deutschland und der (besseren) Bewertung des Miteinanders im eigenen Ortsteil. Zweitens ist das subjektive Gerechtigkeitsempfinden (auch bezogen auf die Verteilung zwischen den Sozialräumen der eigenen Stadt) deutlich positiver als die Wahrnehmung der allgemeinen Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland. Drittens zeigen die Menschen tendenziell mehr Vertrauen in lokale Parteien und Politiker, in die Stadt- und Gemeindeverwaltung und in lokale/regionale Medien als in Parteien/Politiker im Allgemeinen, in Bundes- und Landesregierung sowie in überregionale Medien. Die meisten Menschen fühlen sich viertens zudem sehr mit ihrer Stadt verbunden: Die gefühlte Verbundenheit mit der eigenen Stadt ist etwas höher als die mit dem Bundesland und fast so hoch wie die mit Deutschland.

Der lokale Zusammenhalt ist hoch, belastbar und im Städtevergleich nur gering differenziert. Der soziale Zusammenhalt ist in den vier untersuchten Städten vergleichsweise hoch: Auf einer Skala von 0 bis 100 erreichen die Städte Werte von 60 bis 64 Punkte. Die Unterschiede zwischen den vier Untersuchungsorten fallen mit etwas über vier Punkten gering aus. Sie entsprechen weder den vermuteten Unterschieden zwischen Groß- und Mittelstädten noch dem erwartbaren West-Ost-Gefälle. Der soziale Zusammenhalt ist weder in den Mittelstädten größer als in den Großstädten noch in den ostdeutschen Kommunen geringer als in den westdeutschen Kommunen. Die Ergebnisse zeigen, dass der soziale Zusammenhalt in den Kommunen in Deutschland – auch vor dem Hintergrund einer verstärkten Zuwanderung von Geflüchteten seit 2015 – nicht nur vergleichsweise hoch, sondern vielerorts robuster und belastbarer ist als manche besorgte und skeptische Stimmen vermuten lassen.

Der lokale Zusammenhalt unterscheidet sich in seinen einzelnen Dimensionen. Zwischen den neun verschiedenen Dimensionen, in denen der soziale Zusammenhalt gemessen wurde, zeigen sich über alle Städte hinweg große Unterschiede: Die höchsten Werte weist die Dimension Identifikation auf, gefolgt von den Dimensionen Solidarität und Hilfsbereitschaft, Akzeptanz von Diversität, Anerkennung sozialer Regeln und Gerechtigkeitsempfinden. Am niedrigsten sind die Werte in den Dimensionen Vertrauen in Institutionen und gesellschaftliche Teilhabe. In einigen Dimensionen finden sich auch Differenzen im Städtevergleich, die allerdings unterschiedlichen Mustern folgen: So sind beispielsweise soziale Netze in den westdeutschen Kommunen stärker als in den ostdeutschen Kommunen ausgeprägt und die Akzeptanz von Diversität ist in Großstädten höher als in Mittelstädten. Das sind die einzigen Kategorien, in denen sich Unterschiede nach Größe oder Lage der Städte finden.

Sozialer Zusammenhalt differenziert sich auf Stadtteilebene aus. Die Befunde unserer Studie zeigen, dass es lohnt und notwendig ist, den sozialen Zusammenhalt klein- und sozialräumig in den Blick zu nehmen. Die Unterschiede zwischen den untersuchten Stadtberei-

chen, in die unsere Untersuchungsstädte differenziert werden konnten, sind deutlich stärker ausgeprägt als die zwischen den Städten selbst. Starke Disparitäten finden sich vor allem in den Großstädten, wo sich die Stärke des Zusammenhalts entlang sozioökonomischer Spaltungslinien ausdifferenziert. Die Unterschiede innerhalb der Mittelstädte fallen dagegen deutlich geringer aus. Bemerkenswert ist, dass der soziale Zusammenhalt in den Großstädten in den inneren Stadtteilen besonders hoch ist, während er in den Mittelstädten in den äußeren, eher ländlich geprägten Bereichen stärker als in den Kernstadtbereichen ausgeprägt ist.

Hohe Akzeptanz von Diversität, aber gesellschaftliche Spannungen und Ambivalenzen. Die Akzeptanz von Vielfalt in den untersuchten Städten ist sehr hoch, aber es zeigt sich eine Polarisierung des Meinungsklimas – mit Unterschieden zwischen Groß- und Mittelstädten. Während die höchsten Werte in den Großstädten erreicht werden, sind die Werte in den Mittelstädten deutlich niedriger. Eine Mehrheit der Befragten in den vier Städten empfindet die zunehmende Vielfalt für das Leben in Deutschland als Bereicherung und freut sich, dass Deutschland im Zuge einer Willkommenskultur »vielfältiger und bunter« wird (55 % bzw. 57 %). Während die Akzeptanz von Diversität nach wie vor groß ist, fühlt sich eine Minderheit von knapp einem Fünftel der Befragten von der zunehmenden Vielfalt eher bedroht. Zudem zeigen sich einige Ambivalenzen und Spannungsfelder, die zur Diskussion und vertiefenden Untersuchungen anregen (siehe hierzu ausführlicher Seite 7).

Eine Mehrheit der Befragten bewertet die Zuwanderung von Geflüchteten positiv. Eine Mehrheit der Befragten in unseren Untersuchungsorten bewertet die Zuwanderung von Geflüchteten positiv. 56 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Deutschland durch die Flüchtlinge zu einem »besseren Ort zum Leben« wird und 67 Prozent, dass die Zuwanderung von Flüchtlingen »gut für die deutsche Wirtschaft« sei. Positive Einschätzungen zu den zugeschriebenen Wirkungen von Geflüchteten finden sich dabei häufiger in den Großstädten und seltener in den Mittelstädten. Diese mehrheitlich positive Einschätzung der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten zeigt sich auch im Hinblick auf die eigene Stadt, wobei hier ebenfalls der ökonomische Impuls der Geflüchteten höher eingeschätzt wird als der Gewinn für die Stadtgesellschaft. 64 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Geflüchteten gut für die lokale Wirtschaft sind und 54 Prozent teilen die Überzeugung, dass ihre Stadt durch die Geflüchteten zu einem besseren Ort zum Leben wird. Rund ein Viertel der Befragten vertritt demgegenüber bei all diesen Fragen eine gegenteilige Auffassung.

Sehr viele Menschen setzen sich aktiv für Geflüchtete ein und engagieren sich freiwillig. In allen Untersuchungsstädten wird über eine starke Unterstützung von Geflüchteten und ein eindrucksvolles freiwilliges Engagement in der Bevölkerung berichtet, welches über das in einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommene Ausmaß – insbesondere in den Jahren 2015/2016 – noch hinausgeht. Insbesondere in der untersuchten westdeutschen Großstadt ist das Engagement überdurchschnittlich hoch: Fast zwei Drittel (63 %) der Befragten in Dortmund gaben zum Befragungszeitpunkt im Frühjahr 2017 an, sich in den vergangenen

zwei Jahren in irgendeiner Form (außer Geld- oder Sachspenden) für Geflüchtete eingesetzt zu haben. In der Tendenz setzen sich in den Großstädten mehr Menschen für Geflüchtete ein als in den Mittelstädten und in den westdeutschen Kommunen mehr als in den ostdeutschen. Alle Städte stehen allerdings vor der Herausforderung, das Engagement und die entstandenen Strukturen nachhaltig zu stärken.

Erfahrungen im Kontakt mit Geflüchteten werden überwiegend positiv bewertet: Mehr als drei Viertel der Befragten in den vier Untersuchungsstädten berichten über eigene Erfahrungen mit Geflüchteten und etwas mehr als zwei Drittel bewerten diese überwiegend positiv. Etwa jeder Vierte hat gemischte Erfahrungen gemacht und nur sieben Prozent berichten von eher negativen oder sehr negativen Erfahrungen. In den Großstädten werden die Kontakte insgesamt positiver bewertet; in den Mittelstädten steigt dagegen der Anteil der Befragten, die die Kontakte als negativ einschätzen, auf etwa zehn Prozent. Auffällig ist jedoch auch, dass die Anteile der Befragten, die in den beiden westdeutschen Kommunen von sehr positiven Kontakten berichten, mit knapp zwanzig Prozent deutlich über den Werten der ostdeutschen Kommunen liegen. Die Häufigkeit von Kontakten zu Geflüchteten, aber auch deren Bewertung stehen in Zusammenhang mit individuellen Einstellungsmustern gegenüber Vielfalt und Einwanderung sowie allgemeinen Erfahrungen im Umgang mit Migrantinnen und Migranten. Befragte, die in ihrem persönlichen oder beruflichen Umfeld regelmäßige Kontakte zu Menschen mit Migrationshintergrund haben, zeigen häufiger eine positive Haltung zu Vielfalt und Zuwanderung, sind offener für Kontakte zu Geflüchteten und bewerten diese Erfahrungen tendenziell auch positiver.

Die kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik wird zumeist positiv bewertet. Knapp die Hälfte der Befragten vertritt die Auffassung, dass ihre eigene Stadt die mit der Zuwanderung von Geflüchteten verbundenen Herausforderungen sehr gut oder gut bewältigt hat. Vier von zehn Befragten zeigen sich unentschieden (»teils/teils«) und etwa jede/r Zehnte bewertet die kommunalen Anstrengungen mit schlecht oder sehr schlecht. Allerdings zeigt sich bei dieser Frage eine große Varianz bei den untersuchten Kommunen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Städte die mit der Aufnahme und Integration von Geflüchteten verbundenen Herausforderungen bislang nach Meinung der Bürgerinnen und Bürger recht gut bewältigt haben, auch wenn eine engagierte Zivilgesellschaft daran einen wesentlichen Anteil hat und der Weg noch sehr lang ist. Der hohe Anteil von Unentschiedenen und die große Varianz der Bewertungen ist aber auch eine Handlungsaufforderung an die Kommunen, ihre Bemühungen weiter fortzuführen und auszubauen.

Sozialer Zusammenhalt in Kommunen wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst: Bivariate Analysen unseres Datensatzes zeigen, dass die Anzahl der Kinder im Haushalt und das Abitur als Schulabschluss die wichtigsten Einflussfaktoren für Zusammenhalt sind. Es folgen (in dieser Reihenfolge) die private Nutzung des Internets, die Anzahl der Bücher im Haushalt, ein Hochschulabschluss und das Haushaltsnettoeinkommen. Weitere wichtige Teilbefunde sind, dass die formale Bildung der Befragten eher in Großstädten als in Mittelstädten und

das Haushaltseinkommen eher im Osten als im Westen von Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt sind. Arbeitslosigkeit und Transferleistungsbezug sind keine bedeutsamen Prädiktoren für einen niedrigen sozialen Zusammenhalt und der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund und sozialer Zusammenhalt stehen in keinem negativen (oder positiven) Zusammenhang. Die besten Garanten eines hohen sozialen Zusammenhalts in Kommunen sind eine ausgeglichene demografische Bevölkerungsstruktur, eine hohe Bildung einschließlich digitaler Teilhabe sowie gute ökonomische Ressourcen der Bürgerinnen und Bürger. Diese Prädiktoren bieten Anknüpfungspunkte für eine aktive und strategisch orientierte Kommunalpolitik, die durch eine Verzahnung von kommunaler Bildungs-, Demografie-, Migrations- und Wirtschaftspolitik versucht, die Bedingungen für einen hohen sozialen Zusammenhalt vor Ort aktiv zu gestalten.

Sozialer Zusammenhalt korreliert mit Lebenszufriedenheit: Unsere Analysen bestätigen vorliegende Befunde, dass ein höherer sozialer Zusammenhalt mit einer höheren Lebenszufriedenheit einhergeht. Dieser Befund zeigt sich vor allem auf Ebene der Stadtbereiche. In Stadtteilen mit höherem sozialem Zusammenhalt leben im Durchschnitt auch die zufriedeneren Menschen. Ähnliche Ergebnisse zeigen auch die Befunde zur Gesundheit. Je besser es um den sozialen Zusammenhalt in einem Stadtteil bestellt ist, desto besser ist auch der subjektiv erlebte Gesundheitszustand. Und es zeigt sich ein positiver, wenn auch schwacher Zusammenhang zwischen dem sozialen Zusammenhalt in den untersuchten Städten und der Überzeugung der Bürger, dass die Kommune die mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen verbundenen Herausforderungen gut bewältigt hat: Je besser es um den Zusammenhalt in einem der untersuchten Stadtteile bestellt ist, desto erfolgreicher wird auch das kommunale Handeln bewertet.

Lokale Medien thematisieren den stadtgesellschaftlichen Umgang mit Zuwanderung von Geflüchteten zumeist alltagsnah und konkret: Die Ergebnisse unserer Analyse der lokalen Berichterstattung zeigen, dass die lokalen Medien die Situation vor Ort in den Vordergrund stellen, die Erfahrungen von Geflüchteten und das Engagement für diese Menschen sichtbar machen sowie Proteste gegen Geflüchtete und Polarisierungen in der Bevölkerung aufgreifen. Die Befunde unserer Medienanalyse stehen damit im Widerspruch zu Einschätzungen, dass lokale und regionale Medien im Gefolge eines vorherrschenden Politikdiskurses ein einseitiges und unkritisches Bild einer Willkommenskultur verbreiteten. Die Befunde unserer Medienanalyse zeigen vielmehr, dass die lokalen Medien auf die Interessen und Erfahrungen ihrer Leserschaft reagieren, in dem sie alltagsnah und konkret über lokale Entwicklungen, Herausforderungen und Lösungsansätze berichten.

Zur Diskussion: Ambivalenzen und Spannungsfelder in der Akzeptanz von Diversität

Die Ergebnisse unserer Studie zeigen eine insgesamt hohe Akzeptanz und Wertschätzung von Vielfalt, aber auch einige Ambivalenzen und Spannungsfelder (siehe Gesemann/Schwarze/Seidel 2019, S. 72ff. und S. 171ff.):

Zuwanderung und Vielfalt: Zwischen der Wertschätzung von Vielfalt und der Akzeptanz von Zuwanderung gibt es einen deutlichen Unterschied: Während sich 57 Prozent der Befragten freuen, »dass Deutschland noch vielfältiger und bunter wird«, gefällt es »nur« 47 Prozent der Befragten, »dass sich so viele Migranten für Deutschland entscheiden«. Diese Differenz zeigt, dass das eher abstrakte Bild einer vielfältigen Gesellschaft positiver besetzt ist als der konkretere Begriff der Zuwanderung.

Akzeptanz von Diversität und soziodemographische Unterschiede: Differenziert nach soziodemografischen Merkmalen zeigt sich eine hohe Abhängigkeit der Akzeptanz von Diversität vom Alter der Befragten. Auch das Bildungsniveau hat einen hohen Einfluss, während sich zwischen Männern und Frauen sowie Befragten mit und ohne Migrationshintergrund nur geringe Unterschiede offenbaren. Zudem zeigen sich ausgeprägte Unterschiede zwischen verschiedenen Städten und Stadtteilen.

Ambivalenzen im Integrationsverständnis der Gesellschaft: Der Aussage »Ich finde es gut, wenn Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, ihre kulturellen Wurzeln beibehalten« bewerten nur knapp die Hälfte aller Befragten als (eher) zutreffend, 20 Prozent lehnen sie (eher) ab. 80 Prozent der Befragten erwarten eine Anpassung der Migranten an die in Deutschland geltenden Normen und Werte, wozu von einem Teil der Befragten auch kulturelle Anpassungsleistungen gezählt werden.

Fremdheitsgefühle gegenüber Muslimen: Knapp ein Viertel der Befragten fühlt sich »durch die vielen Muslime manchmal wie ein Fremder im eigenen Land«. Über das Eingeständnis von Fremdheitsgefühlen deutlich hinaus geht die Handlungsaufforderung an die Politik »Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden«. Dieser abweisenden und islamfeindlichen Aussage stimmen 15 Prozent der Befragten zu.

Ablehnende Haltungen gegenüber Vielfalt: Gefährdungen der Akzeptanz von Vielfalt zeigen sich vor allem bei den abwehrenden Einstellungen zur Aussage »Es leben zu viele Ausländer in Deutschland«, der 31 Prozent aller Befragten, darunter auch viele mit Migrationshintergrund, zustimmen. Die radikale Handlungsaufforderung »Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat schicken« befürworten 17 Prozent der Befragten.

Kurzes Resümee und Handlungsempfehlungen

Der Zusammenhalt in deutschen Städten ist vergleichsweise hoch, zeigt sich aber in den Städten in räumlicher Hinsicht sehr differenziert. Unsere Studie bestätigt daher die Befunde anderer Untersuchungen, die auf die wachsende Spaltung deutscher Städte verweisen. Sie zeigt, dass die Unterschiede zwischen den untersuchten Stadtteilen in allen Dimensionen des gesellschaftlichen Zusammenhalts sehr hoch ausfallen, aber in den Dimensionen Solidarität und Hilfsbereitschaft, Anerkennung sozialer Regeln und Gesellschaftliche Teilhabe besonders ausgeprägt sind. Unsere Studie bietet zudem eine Fülle von Hinweisen, dass die Auswirkungen der Flüchtlingszuwanderung auf den sozialen Zusammenhalt weithin überschätzt werden. Bemerkenswert sind dagegen die hohe Akzeptanz, das Ausmaß der Kontakte und die positiven Erfahrungen mit Geflüchteten, die in allen Untersuchungsorten mit einem sehr großen Engagement der lokalen Bevölkerung korrespondieren.

Die Ergebnisse unserer Studie zeigen, dass der soziale Zusammenhalt insbesondere vor Ort gelebt wird. Damit verbunden ist auch eine Verantwortung für die Kommunen, ihre politische Gestaltungsaufgabe anzunehmen und auszufüllen, wobei wir vor allem vier Handlungsbereiche sehen:

(1) Kommunen können das Miteinander in einer vielfältigen Stadtgesellschaft durch eine aktive und inklusive Politik fördern, die den mehrdimensionalen Charakter und die dichte Verwobenheit der verschiedenen Dimensionen und Bereiche von Zusammenhalt beachtet. Zusammenhalt kann als das Ergebnis des Zusammenwirkens der drei Dimensionen Soziale Beziehungen, Verbundenheit und Gemeinwohlorientierung mit ihren jeweiligen Elementen verstanden werden. Eine inklusive Politik zur Förderung von Zusammenhalt sollte insbesondere das soziale Miteinander im Ortsteil fördern, Verbundenheit mit dem Gemeinwesen und Vertrauen in Institutionen stärken sowie Engagement und Beteiligung in einer vielfältigen Demokratie ermöglichen.

(2) Kommunen sollten eine aktive Politik der Vielfalt verfolgen, die die hohe Akzeptanz von Diversität in der Bevölkerung als Ressource nutzt, aber auch den Ängsten und Befürchtungen jener Minderheiten begegnet, die Migration und Vielfalt als Bedrohung erleben oder ablehnen. Dazu können alltägliche Begegnungen von Einheimischen und Zugewanderten sowie die Vermeidung ihrer sozialräumlichen Segregation erheblich beitragen. Der Schaffung von niedrigschwelligen Begegnungsorten und -gelegenheiten sollte daher besondere Bedeutung zukommen. Zur Politik der Vielfalt trägt auch das intensive bürgerschaftliche Engagement mit und von Geflüchteten bei, das entsprechende Anerkennung und öffentliche Förderung erfahren sollte.

(3) Kommunen sind gefordert, den sozialräumlichen Unterschieden stärker entgegenzuwirken. Die wachsende Polarisierung innerhalb der Städte erfordert eine aktive, inklusive und

miteinander verknüpfte Bildungs-, Integrations- und Stadtentwicklungspolitik sowie eine Schärfung stadtpolitischer Steuerungsmöglichkeiten. Die Städte können diese großen Herausforderungen aber nicht allein bewältigen. Um das weitere sozialräumliche Auseinanderdriften zu verhindern, sind erweiterte Bund/Länder-Programme vom Typus »Soziale Stadt« notwendig. Diese müssten zusätzliche Mittel für eine Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur, insbesondere von Kitas, Schulen und Gemeinschaftseinrichtungen, in sozial benachteiligten Quartieren bereitstellen sowie die lokale Flüchtlings- und Gemeinwesenarbeit und die Integrationsleistungen der Kommunen angemessen gegenfinanzieren.

(4) Kommunen sollten die lokale Demokratie stärken und inklusiv ausgestalten. Die Chancen und Potenziale der Vielfalt werden sich auf Dauer nur dann produktiv entfalten, wenn es gelingt, die lokale Demokratie zu stärken und inklusiver auszugestalten. Gefordert ist dabei vor allem die Stärkung der Engagement- und Beteiligungschancen von Menschen in sozial benachteiligten Stadtteilen. Das starke Engagement für Geflüchtete, die aktive Rolle von Migrantenorganisationen sowie die Offenheit vieler lokaler Vereine und Initiativen legen es nahe, Kommunalpolitik in Richtung einer vielfältigen Demokratie weiterzuentwickeln, die stärker auf Aktivierung, Dialog und Beteiligung setzt und damit die Rolle der Bürger- und Zivilgesellschaft im politischen Prozess stärkt. Dies dürfte auch ein aussichtsreicher Weg sein, dem Vertrauensschwund von Politik, Parteien und Parlamenten etwas entgegenzusetzen.

Autoren

Dr. Frank Gesemann ist Diplom-Politologe und Geschäftsführer von DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration. Langjährige Evaluations- und Forschungserfahrungen insbesondere in den Bereichen Migration und Integration, Engagement und Zivilgesellschaft.

Kristin Schwarze ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin, Projektleiterin und seit 2015 Gesellschafterin am IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH. Vielfältige Evaluations- und Forschungserfahrungen zu Themen der integrierten Stadt(teil)entwicklung, Integration und Partizipation.

Alexander Seidel ist M.A.-Humangeograph und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am DESI Institut. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte in den Bereichen Stadtentwicklung, Segregation und Zivilgesellschaft.

Kontakt: info@desi-sozialforschung-berlin.de

Literatur

- Gesemann, Frank / Schwarze, Kristin / Seidel, Alexander 2019: Städte leben Vielfalt. Fallstudien zum sozialen Zusammenhalt. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 220 S. (Broschur), 20 €
- Bestellmöglichkeit und Leseprobe unter: <https://www.bertelsmannstiftung.de/de/publikationen/publikation/did/staedte-leben-vielfalt/>

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de